

Doppelmoral des Westens

Putins Krieg in der Ukraine, Netanjahus Zerstörung von Gaza:
Wir messen mit zweierlei Mass.

Guy Mettan



Tu, was ich sage, aber nicht, was ich tue: Benjamin Netanjahu (l.), Wladimir Putin.

Willkommen in der Realität! Nach einer Woche, in der sich die Spitzen der Schweizer und der internationalen Wirtschaft, Politik und Medien auf die Schultern geklopft und ihre Verdienste und Erfolge bei der «Verbesserung des Zustands der Welt» gepriesen haben, hat das Davoser Weltwirtschaftsforum seine Pforten mit der üblichen Selbstzufriedenheit wieder geschlossen. Die Rückkehr auf den Boden der Tatsachen wird hart sein, denn der Westen muss nun nicht nur den Misserfolg der ukrainischen Gegenoffensive verkraften, sondern sich auch der moralischen Niederlage in Gaza stellen, zu der ihn seine fortgesetzte Politik der Doppelmoral – Tu, was ich sage, aber nicht, was ich tue – geführt hat.

Wut und Akribie Israels

Das Problem des Westens ist – um Abraham Lincoln zu paraphrasieren –, dass wir uns selbst ständig belügen und den Rest der Welt teilweise betrügen können, aber wir können nicht mehr alle Menschen ständig betrügen. Und irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem wir die Rechnung bezahlen müssen. Zu dieser ein-

deutigen Feststellung gelangt auf einem anderen Weg der französische Historiker Emmanuel Todd in seinem neuesten Buch («La défaite de l'Occident», Gallimard). Er stützt sich dabei mit seiner gewohnten Brillanz auf statistische Daten, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen und eine Stringenz der Argumentation, die schwer zu bestreiten ist. Wir werden weiter unten darauf eingehen.

Wenn der Nebel des Krieges, die Wirksamkeit der Zensur und die Intensität der Propaganda in der Ukraine den Eindruck erwecken konnten, dass die gesamte Verantwortung für diesen Konflikt bei Russlands Präsidenten Wladimir Putin, dem Dämon, lag, dann werden die Invasion des Gazastreifens und die anschließenden Kriegsverbrechen der israelischen Armee, wenn nötig, die Augen der Blindesten öffnen. Die ganze Welt war zu Recht schockiert über die Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober, doch nun ist sie – mit Ausnahme des Westens – fassungslos über die krankhafte Wut und Akribie, die die israelischen Invasoren in den letzten drei Monaten an den Tag gelegt haben. Auf die berechtigte Empörung über die Verbrechen der Hamas folgt nun

die nicht minder berechtigte Empörung über die Übergriffe der israelischen Streitkräfte auf die palästinensische Zivilbevölkerung.

Selbst das Gesetz der Vergeltung – Auge um Auge, Zahn um Zahn – wurde vom jüdischen Staat, wie er sich offiziell nennt, nicht eingehalten, obwohl das Judentum sich darauf beruft: Mit einem Verhältnis von 25:1 (über 25 000 getötete Palästinenser gegenüber 1100 israelischen Opfern) wurden alle Grenzen des Kodex überschritten. Das geht so weit, dass Tausende von Juden in Israel und in der ganzen Welt alarmiert sind.

Für Nichtwestler ist Israel nicht die isolierte Insel der Demokratie inmitten eines Ozeans von Diktaturen, als die es gerne dargestellt wird. Südafrika hat Israel wegen versuchten Völkermords vor dem Internationalen Strafgerichtshof verklagt. Das Gremium wird von der Amerikanerin Joan Donoghue geleitet; sie gilt jedoch als unparteiischer als der politisierte Strafgerichtshof, der seit seiner Gründung im Jahr 2002 unter angelsächsischem Einfluss steht. Es hat Israel in einem ersten Urteil dazu aufgefordert, alles zu unternehmen, um einen Genozid in Gaza zu ver-

hindern. Ob es sich tatsächlich um einen Genozid handelt, soll zu einem späteren Zeitpunkt beurteilt werden.

Wie dem auch sei, der moralische Schaden hat einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Die westlichen Länder sind mit zweierlei Mass gemessen worden. Sie haben über die Ukraine gegen Russland Krieg geführt, weil es Provinzen seines Nachbarlandes annektiert und überfallen hat, aber sie akzeptieren, ohne zu murren, dass ihr israelischer Schützling seit fünfzig Jahren auf den Golanhöhen und im Westjordanland dasselbe tut und dabei munter gegen das Völkerrecht verstößt.

Was Israel und die jüdische Welt betrifft, so sind beide dabei, die Legitimität und den Respekt zu verlieren, die ihnen der Holocaust und Jahrhunderte der Verfolgung in Europa eingebracht haben. Wie kann ein Volk, das so viel durchgemacht hat, ein derart unmenschliches Verhalten gegenüber unschuldigen Kindern und Zivilisten an den Tag legen? Wenn das Gedenken an den Holocaust nicht mehr die selbstlose Erinnerung an das Verbrechen der Verbrechen ist, sondern ein Propagandainstrument, das dazu dient, einen entfesselten Zionismus zu rechtfertigen, wenn der Kampf gegen den Antisemitismus nicht mehr der gerechte und notwendige Kampf gegen den anti-jüdischen Rassismus ist, sondern ein Instrument, das dazu dient, einen räuberischen Staat zu legitimieren, der von einer korrupten Führung geführt wird, dann wird es sehr schwierig werden, diese Anliegen zu unterstützen.

Genau das geschieht jedoch gerade.

Zum ersten Mal in der Geschichte kann die Weltöffentlichkeit zwei Kriege live miterleben, die die gleichen Ursachen haben – existenzielle Sicherheitsbedenken vor dem Hintergrund tödlicher Angriffe, Annexionen und opportunistischer Gebietsbesetzungen – und die gleichen aggressiven und tödlichen Verhaltensweisen hervorbringen, aber vom Westen und von den Davoser Kreisen radikal unterschiedlich aufgenommen werden. In einem Fall wird der rote Teppich für den beschuldigten Regierungschef ausgerollt (Netanjahu), im anderen Fall wird der beschuldigte Staatschef geächtet (Putin).

Diese doppelzüngige Haltung wird ausserhalb der westlichen Grenzen nicht mehr toleriert. Wie das Massaker von Katyn für die Polen, das von Oradour für die Franzosen oder die von Churchill 1943 in Bengalen verursachte Hungersnot für die Inder werden die Bilder des zerbombten Gaza die arabische Welt jahrzehntelang verfolgen und den Kampf gegen den Antisemitismus überall auf der Welt schwächen, auch bei uns.

Der Preis, den wir zahlen müssen, wird sowohl für Israel als auch für den Westen hoch sein. Wir werden die Schlacht um die Tunnel gewinnen, aber den Krieg um die Herzen und das Recht verlieren. Für den Rest der Welt werden wir auf die

falsche Seite der Geschichte gewechselt haben. In dieser Hinsicht ist der Umschwung Indiens interessant. Am Tag nach dem Angriff vom 7. Oktober hatte sich das Land auf die Seite Israels gestellt, sowohl aus antiislamischen Gründen als auch, um seine guten Beziehungen zu den USA zu bewahren. Doch schon Ende Dezember reiste Aussenminister Subrahmanyam Jaishankar mehr oder weniger unbemerkt nach Moskau. Delhi distanzierte sich von Tel Aviv und Washington, bestätigte seine Freundschaft mit Russland und kehrte zu seiner bündnisfreien Haltung zurück. In Südafrika gingen Anfang Januar Hunderttausende von Südafrikanern auf die Strasse, um gegen das Massaker an den Palästinensern zu protestieren. In den USA sind es massenhaft junge Leute, die Präsident Biden als Völkermörder bezeichnen.

Die Beispiele zeigen einmal mehr, dass die Europäer und die USA nicht mehr in der Lage sind, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen. Die Länder des Südens und des Ostens fordern die Deutungshoheit des Westens durch eigene glo-

Der moralische Schaden hat einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt.

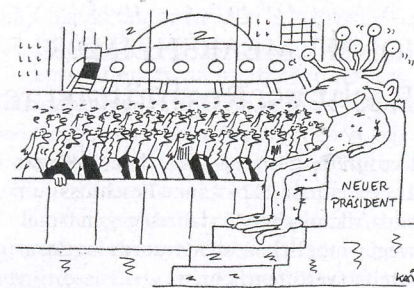
bale Medien heftig heraus. In ihrer Vorstellung werden diese beiden Konflikte, die jahrzehntelang durch die bedingungslose Unterstützung der Ukraine und Israels angeheizt wurden, als Mittel gesehen, um die Entstehung einer gerechteren und faireren Weltordnung zu verzögern. Dies ist eine radikale Neuerung.

Friedensgipfel ohne Russland?

Natürlich ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Westen könnte seine Führungsrolle wiederherstellen. Er müsste nur auf Kooperation statt auf Konfrontation setzen. Nichts hindert Israel daran, die Golanhöhen an Syrien zurückzugeben, in Frieden mit dem Libanon zu leben, die Existenz eines echten palästinensischen Staates an seiner Seite zu akzeptieren oder einen binationalen Bundesstaat zu gründen, wie es viele Zionisten vor 1948 in Erwägung gezogen hatten.

Nichts hindert Netanjahu daran, wenn er schon nicht mit der islamistischen Hamas verhandeln will (die jedoch nur das muslimische Gegenstück zu den ultraorthodoxen jüdischen Extremisten ist, die die israelische Regierung bevölkern), den palästinensischen Nelson Mandela, Marwan Barghouti, freizulassen, damit dieser die Führung einer erneuerten Palästinensischen Autonomiebehörde übernehmen kann. Wenn Südafrika das geschafft hat, warum nicht auch Israel? Das schlägt jedenfalls der ehemalige Schin-Bet-Chef Ami Ayalon im *Guardian* vor.

Dasselbe gilt für den Konflikt in der Ukraine. Wenn die Ukraine und die Nato im Dezember



„Hätten wir das mit der Invasion früher gewusst, hätten wir uns den teuren Wahlkampf sparen können...“

2021 zugestimmt hätten, auf das russische Projekt für europäische Sicherheit einzugehen, wäre der Krieg nie ausgebrochen. Es ist nicht unmöglich, diesen Plan wiederaufzunehmen, sofern alle Parteien an einen Tisch gebracht werden. Immerhin war dies dem Westen 1973 gelungen, als er das Helsinki-Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnete. Davon sind wir weit entfernt. Wenn sich die Schweiz als Förderer eines Friedensgipfels aufspielt, indem sie Russland boykottiert, zeigt sich, wie sinnlos das Projekt ist und welch langer Weg zurückzulegen ist, um den Dialog wiederherzustellen.

Die Parameter für einen dauerhaften Frieden sind bekannt. Aber bei uns will sie niemand in Betracht ziehen. Wir ziehen es vor, den Gegner zu dämonisieren, in Verruf zu bringen, seine Menschlichkeit zu leugnen und weiterhin auf den Krieg zu setzen, um den schicksalhaften Moment, in dem wir unseren Anspruch auf die Beherrschung der Weltangelegenheiten aufgeben und die Macht mit anderen Mächten teilen müssen, so weit wie möglich hinauszuzögern – zweifellos aus einem Rest von Hybris, aber vor allem wegen eines Übermasses an Schwäche. Wir haben nicht mehr den Mut und die Mittel, den Frieden der Tapferen zu wagen.

Es ist diese tragische Ohnmacht, die Todd These beleuchtet: Unser moralischer Niedergang und unsere Unfähigkeit, unsere politischen Schwierigkeiten anders als mit Gewalt zu lösen, sind keineswegs nur Begleiterscheinungen, sondern die faulen Früchte eines unaufhaltsamen wirtschaftlichen, demografischen und kulturellen Niedergangs.

«In den arabischen Ländern hört niemand mehr auf das, was der Westen sagt», sagte kürzlich ein algerischer Freund zu mir. Er hätte hinzufügen können: in den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern auch nicht. Der moralische Zusammenbruch und der Narzissmus der Medien im Westen haben dazu geführt, dass sie jeden Kredit verspielt haben. In seinem Buch nennt Todd die historischen und materiellen Gründe dafür. Der Westen ist dabei, zu implodieren, in sich zusammenzufallen, sich von innen heraus zu entleeren, um in der Leere zu versinken, fasziniert vom Nihilismus.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Beispiel dafür: Russland wird diesen Krieg gewinnen, weil es

JOHN J. MEARSHEIMER

Recht vs. Realität: Israel und der Völkermord

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am 26. Januar 2024 seinen Beschluss zum südafrikanischen Verfahren gegen Israel wegen möglichen Völkermords im Gaza-Streifen veröffentlicht.

Vorhersehbarerweise zielt die Berichtserstattung über den Beschluss in den westlichen Mainstream-Medien darauf ab, die Geschichte so zu drehen, dass sie für Israel am günstigsten ist. Das bedeutet, dass die Elemente der Geschichte, die Israel schlecht aussehen lassen, heruntergespielt oder weggelassen werden und dass betont wird, dass der IGH Israel nicht angewiesen hat, alle militärischen Operationen in Gaza einzustellen.

Verbrechen aller Verbrechen

Kaum jemand hat erwartet, dass der IGH entscheiden würde, dass Israel alle militärischen Operationen in Gaza einstellen müsse, da es sich im Krieg mit der Hamas befindet und das Gericht der Hamas nicht befehlen kann, ihre militärischen Operationen gegen Israel einzustellen. Der IGH hat Israel jedoch aufgetragen, seine Offensive auf die Hamas zu konzentrieren und nicht auf die Zivilbevölkerung. Schliesslich geht es bei der Anklage wegen Völkermordes darum, was Israel der Zivilbevölkerung in Gaza antut, nicht der Hamas.

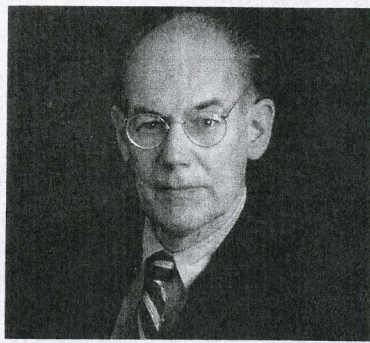
Was in dem Erlass wirklich zählt, ist die Aussage, dass Israel einen Völkermord begeht. Wie könnte es anders sein? Völkermord ist das Verbrechen aller Verbrechen.

Der Beschluss besagt eindeutig, dass es erstens plausible Beweise dafür gibt, dass Israel die Absicht hat, einen Völkermord zu begehen, und zweitens, dass es plausible Beweise dafür gibt, dass Israel einen Völkermord begeht.

Als Reaktion auf diese schlimme Situation hat das Gericht Israel angewiesen, die Handlungen einzustellen, die als Völkermord erscheinen, und alle Beweise zu sichern, die mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang stehen, natürlich für den bevorstehenden Prozess.

Kurz gesagt, der IGH hat keine endgültige Entscheidung über den Vorwurf des Völkermordes gegen Israel getroffen, sondern erklärt, dass zum jetzigen Zeitpunkt genügend Beweise vorliegen, um zu glauben, dass eine «reale und unmittelbare Gefahr» eines Völkermordes besteht und dass Israel daher seine Kriegsführung in Gaza grundlegend ändern muss.

Ich denke, dies ist ein erstaunliches Ergebnis, vor allem, wenn man die Abstimmungen unter den siebzehn Mitgliedern des IGH betrachtet. Es gab sechs getrennte Abstimmungen über sechs vorläufige Massnahmen, die Israel zu



Professionell und fair: Mearsheimer.

befolgen habe. Bei vier der sechs Abstimmungen lautete das Stimmenverhältnis 15:2. Bei zwei Abstimmungen 16:1.

Erstaunlicherweise stimmte der israelische Richter – der kürzlich von Premierminister Benjamin Netanjahu ernannt wurde – für zwei der Massnahmen. Der amerikanische Richter, der auch der Vorsitzende des IGH ist, stimmte für alle sechs Massnahmen. Der einzige Richter, der gegen alle sechs Massnahmen stimmte, kommt aus Uganda.

Schwarzer Tag für Israel

Ich habe die Verhandlungen des IGH am 11. und 12. Januar 2024 verfolgt, und sie wurden professionell und fair geführt.

Sowohl die Israeli als auch die Südafrikaner schickten ihre A-Teams zu den Verhandlungen, und beide nahmen sich über drei Stunden Zeit, um ihre Argumente systematisch und umfassend darzulegen.

Schliesslich habe ich den 27-seitigen Beschluss des IGH gelesen, und es ist ein beeindruckendes Dokument, was nicht bedeutet, dass man mit allen Schlussfolgerungen einverstanden sein muss.

Dies war kein Känguru-Gericht. Es scheint klar zu sein, dass der 26. Januar 2024 ein schwarzer Tag für Israel war, denn der IGH-Beschluss wird seinen Ruf tief und dauerhaft beflecken.

John J. Mearsheimer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Chicago.

in der Region zu Hause ist und für sich selbst kämpft. Es ist zwar eine autoritäre Demokratie (die die Entscheidung der Mehrheit ohne Rücksicht auf Minderheiten umsetzt), aber seine Wirtschaft und Gesellschaft sind stabil oder sogar im Fortschritt begriffen. Das zeigen die Widerstandsfähigkeit in Landwirtschaft und Industrie, die solide Ausbildung von Ingenieuren und die stetige Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Ukraine ist ein von Stalin geschundenes Land, das nach 1945 von den kommunistischen Machthabern gehätschelt wurde. Seine Eliten haben sich nach 1991 als unfähig erwiesen, einen stabilen Staat aufzubauen. Es gelang der Bevölkerung nie, sich von der Bevormundung durch die Oligarchen und von der Korruption zu befreien. Nach und nach wurde die Macht von der ultranationalistischen Minderheit im Westen übernommen (den «Neonazis», in der russischen Terminologie). Sie hüten sich davor, eine echte Demokratie einzuführen, sondern verbieten vielmehr Oppositionsparteien, Gewerkschaften und kritische Medien.

Osteuropa folgte demselben Muster, nur ohne den Krieg. Die ehemaligen kommunistischen Eliten liefen mit Waffen und Gepäck ins liberale Lager über. Sie wechselten nur den Besitzer und tauschten Moskau und seine Rubel gegen die Euros und Dollars von Berlin, Brüssel und Washington. Der Freund von gestern wurde zum neuen Feind. Die Staaten der Region wurden entvölkert, um deutsche Fabriken mit billigen Arbeitskräften zu versorgen, während sich willfähige Politiker Wohnun-

Die Demografie ist im Keller, die Demokratie in der Krise, die deutsche Industrie in der Rezession.

gen in London und Washington kauften. Die einzige Ausnahme ist Ungarn, das sich – nachdem es unermüdlich für seine Souveränität gegen die Türken, Österreicher und dann die Sowjets gekämpft hat – gegen das Diktat aus Brüssel verwahrt.

Westeuropa folgt den USA und ist sowohl Opfer seiner oligarchischen Entwicklung – seine Eliten haben sich von ihrem Volk abgespalten – als auch des endgültigen Niedergangs des Protestantismus, der für hohe Bildungsstandards und Arbeitsethik stand. Heute zählen Image und kurzfristiger Profit. Die Demografie ist im Keller, die Demokratie in der Krise, die deutsche Industrie in der Rezession, die Verschuldung wächst, die Verteidigung liegt brach, und das politische Projekt Europa ist vom Aussterben bedroht. Der deutsche Motor kommt ins Stocken, die französische Gleichgewichtsdiplomatie zerfasert, während die britische «Titanic» untergeht, nachdem sie den erhofften Brexit-Schub verpasst hat. Doch niemand achtet darauf, da die europäischen Orchester die

Musikanlage voll aufgedreht haben, um das Krachen im Gebälk zu übertönen.

Die USA befinden sich in einem dauerhaften Prozess des Verfalls. Ihr Bildungsniveau sinkt, die Lebenserwartung zeigt nach unten, während die Kindersterblichkeit steigt. Die Gesundheitsausgaben explodieren – Treiber sind Fettleibigkeit und Drogenmissbrauch –, die Zahl von Amokläufen nimmt zu. Währenddessen verkümmert die Demokratie, die durch beide Lager geschwächt wird: durch die Demokraten, die Trumps Wahl ablehnten und zweimal versuchten, ihn durch ein Amtsenthebungsverfahren zu stürzen, aber auch durch die Republikaner, die versuchten, Bidens Sieg zu leugnen. Die alte WASP-Meritokratie (*white Anglo-Saxon Protestants*) ist einer neoliberalen Oligarchie gewichen, die bunter, aber bindungs- und heimattlos ist. Die amerikanische Wirtschaft produziert nur wenig reale Güter und lebt auf Pump, indem sie Dollars druckt und Waren, Dienstleistungen und Humankapital massiv importiert – zum Preis einer Verschuldung, die sich nur in Billionen von Dollars berechnen lässt.

Bruch mit dem Rest der Welt

Schlimmer als alles andere: Amerika hat keine Vision, keine Kultur, keine kollektive Intelligenz mehr. Es springt von einer Moderscheinung zur nächsten (heute ist es die künstliche Intelligenz), von einem Krieg zum nächsten, von einer sinnlosen Innovation zur nächsten, von der antirussischen Hysterie zur chinesischen Besessenheit, und überzeugt sich davon, dass die sozialen Netzwerke und die Jagd auf Fake News die Rettung sein werden.

Todd datiert das Ende des Protestantismus – sowie des Katholizismus, seit der Heilige Stuhl Priestern erlaubt, gleichgeschlechtliche Paare zu segnen – und den Beginn des nihilistischen Zeitalters auf die Annahme der Ehe für alle und das Recht, das Geschlecht nach Belieben zu ändern. Wenn ein Mann unabhängig von seinem biologischen Geschlecht eine Frau und eine Frau ein Mann sein kann und diese Möglichkeit zur vorherrschenden Ideologie wird, kommt es zu einem anthropologischen Bruch mit dem Rest der Welt, der meint, der Westen sei verrückt geworden. Das ist der Kern von Todds Thesen, frei interpretiert und *cum grano salis*.

Es bleibt abzuwarten, ob sie zutreffen und welche Folgen sie haben werden. Dies wird sich bald zeigen, insbesondere nach dem Ende des Konflikts in der Ukraine, das für mehr Klarheit sorgen wird. Inzwischen ist es erlaubt, diese Feststellung mit Hilfe der Geschichte und sogar der filmischen Fiktion zu beleuchten. Ist die «Star Wars»-Saga von George Lucas schliesslich nicht eine Metapher für den Wandel der amerikanischen Republik zu einem autoritären planetaren Imperium?

Eine korrupte, galaktische Republik verwandelt sich durch einen Putsch ihrer herrschen-

den Eliten, die von einer Handelsföderation unterstützt werden, die nach neuen planetaren Märkten giert, in ein tyrannisches Imperium. Die Oligarchie hat die Macht übernommen. Die Formen der Demokratie – Institutionen, Senatoren, Konsuln – werden beibehalten, nicht aber ihr Geist. Ein gesichtsloser Imperator – man denke

Die traditionellen Werte wurden zugunsten von Gier, Klientelpolitik und Bruderkämpfen ausgelöscht.

an die Gnome in Davos, die den globalistischen Katechismus herunterbeten – führt das Ganze mit eiserner Hand, dank Legionen von Klonen, die gehorsam das Programm ausführen, während eine Handvoll etwas skurriler Rebellen, unterstützt von einigen tapferen Jedi-Rittern, versuchen, die helle Seite der Macht wiederherzustellen. Wie könnte man darin, bald fünfzig Jahre später, nicht eine Allegorie auf die Entwicklung der Vereinigten Staaten sehen?

Ist die römische Republik mit ihrer Umwandlung in ein oligarchisches und autokratisches Imperium nicht denselben Weg gegangen, obwohl Cicero versuchte, sich dagegen zu wehren? Da die staatsbürgerliche Religion und die demokratischen Kräfte unter dem Druck der Oligarchien, die sich durch die unaufhörliche Eroberung neuer Märkte in Griechenland, Gallien, Kleinasien und Nordafrika bereichert hatten, zusammenbrachen, mussten sie einer globalen Elite ohne Glauben und Gesetz weichen. Die traditionellen Werte – die des strengen lateinischen Bauernsoldaten – wurden zugunsten von Gier, Klientelpolitik und Bruderkämpfen zwischen plebejischen Populisten vom Typ Marius oder Caesar und senatorischen Oligarchen vom Typ Sulla und Lepidus ausgelöscht – bis ein ehrgeiziger und inspirierter Tyrann, Octavian mit Namen, heute als Augustus bekannt, die Autorität dauerhaft wiederherstellte, mit Waffengewalt und dem Geschick, den Schein zu wahren, indem er vorgab, nur ein bescheidener Primus inter Pares zu sein.

Auch hier blieben die republikanischen Formen – Wahlen zum Senat und zu den Plebejertribunen, Senatssitzungen, Konsuln und Likatoren – bestehen. Doch die tatsächliche Macht konzentrierte sich in den Händen eines Einzigen, eines Kaisers, der von einer dünnen Schicht von Patriziern unterstützt wurde, die die Finanzen, den Handel, die grossen Landgüter und sogar die Steuererhebung kontrollierten, während unaufhörlich Kriege gegen äussere Feinde geführt wurden, die als barbarisch beschrieben wurden. Man denke hier an die verhassten Figuren Putin und Xi Jinping.

Der britische Historiker Paul Kennedy hat Ursachen für «Aufstieg und Fall der grossen Mächte» in seinem gleichnamigen Werk analysiert. Zum Jahrestag dieses Klassikers von

1987 hat Kennedy im *New Statesman* erneut die Dilemmata untersucht, vor denen jede Hegemonialmacht steht, die von imperialer Überdehnung bedroht ist, während sie sich, wie die USA, in einem relativen Niedergang befindet. Washington hat demnach nur noch zwei Optionen: seine Ressourcen zu bündeln, was bedeutet, weniger Menschen weniger Sicherheiten zu bieten – oder seine Glaubwürdigkeit bei seinem grossen Kreis von *affiliates* zu stärken, was in den Worten des früheren Finanzministers Lawrence Summers bedeuten würde, «festzustellen, dass das derzeitige System nicht mehr tragfähig ist und viel mehr in die nationale Sicherheit investiert werden sollte».

Biden zieht es vor, dieser schwierigen Wahl auszuweichen, indem er sowohl auf eine Reduzierung seiner Verpflichtungen als auch auf ausreichende Ausgaben zur Erfüllung dieser Verpflichtungen verzichtet. Problem: Die 886 Milliarden Dollar des Verteidigungshaushalts 2024 reichen trotz ihrem gigantischen Umfang bei weitem nicht aus, um dieses Ziel zu erfüllen. Trump befürwortet die umgekehrte Strategie: einen strategischen Rückzug auf verteidigungsfähige Ziele und damit eine Beschränkung auf unverzichtbare Verbündete. Daher seine Zurückhaltung gegenüber der Nato und der Fortsetzung des Krieges in der Ukraine und sein Interesse an einem Entgegenkommen gegenüber Russland.

Kaiser Konstantins Präzedenzfall

Für Paul Kennedy ist die Messe gelesen: Die USA haben nicht mehr die politischen und wirtschaftlichen Mittel, ihre Militärausgaben zu verdoppeln oder zu verdreifachen, um fünfzig Verbündete gleichzeitig zufriedenzustellen und an drei Fronten gleichzeitig zu kämpfen: Ukraine, Israel sowie Taiwan und Korea, falls es zu einem offenen Konflikt im Pazifik kommen sollte. In Zukunft werde die amerikanische Sicherheitsabdeckung enger und kleiner sein, so Kennedy, und sich wohl auf Nato-Europa, Japan, Australien und Neuseeland, Israel, Korea und vielleicht noch Taiwan beschränken.

Persönlich möchte ich hinzufügen, dass es in der Geschichte einen solchen Präzedenzfall gab, nämlich den des Oströmischen Reichs. Als Kaiser Konstantin feststellte, dass das Römische Reich nicht in der Lage war, an allen Fronten gleichzeitig zu kämpfen, beschloss er, Rom zu verlassen und sich nach Konstantinopel zurückzuziehen. Der westliche Teil war nach einem Prozess, der immerhin eineinhalb Jahrhunderte gedauert hatte, zusammengebrochen. Doch auf diese Weise gelang es ihm, die Existenz des östlichen Teils um mehr als tausend Jahre zu verlängern. Eine Strategie, der es nicht an Weitsicht mangelte, wie man zugeben muss.

Guy Mettan ist ehemaliger Chefredaktor der *Tribune de Genève* und Grossrat des Kantons Genf (SVP).